
Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 18.05.2016
Sitzungsdauer:	19:00 - 22:05 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

 Öffentliche Sitzung es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung Nichtöffentliche
Sitzung

 Gerhard Borstell
Vorsitzender

 Birgit Wesemann
Protokollführer
Anwesend:Vorsitzender

Herr Gerhard Borstell

Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Frau Ina Altenberger

Herr Gerd Bodenbinder

Frau Edith Braun

Herr Dr. Frank Dreihaupt

Herr Torsten Fettback

Frau Petra Fischer bis Ende öffentl. Teil

Herr Marcus Graubner ab TOP 6

Herr Hans-Peter Gürnth

Herr Werner Jacob

Herr Peter Jagolski

Herr Wolfgang Kinszorra

Herr Tim Lange ab TOP 6 bis TOP 12

Herr Bernd Liebisch

Herr Wolfgang März

Herr Michael Nagler bis Mitte TOP 11

Herr Dieter Pasiciel

Herr Manfred Pecker

Frau Rita Platte bis Ende öffentl. Teil

Herr Detlef Radke bis Ende TOP 8

Herr Jörg Rudowski ab TOP 6 bis Ende öffentl. Teil

Frau Janine Steinig-Pinnecke

Herr Bodo Strube

Herr Daniel Wegener

Anwesend:Ortsbürgermeister

Stefanie Schubert

Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

Mitarbeiter Verwaltung

Herr Marco Henschel

Abwesend:Mitglieder

Herr Sebastian Klein entsch.

Frau Kathleen Kraemer entsch.

Herr Falk Mainzer entsch.

Herr Ulf Osterwald entsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der EG Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 18.05.2016, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung	DS-Nr.
1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit	
2. Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung	
3. Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 13.04.2016	
4. Einwohnerfragestunde	
5. Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse	
6. Antrag CDU und SPD Fraktion - Fortführung der Planung und Sanierung des Kulturhauses und Einführung Online Tickets	BV 398/2016
7. Antrag - Fraktion "Die Linke" - Änderung Fördergebietsausweisung des Förderprogrammes "Kleine Städte und Gemeinden"	BV 360/2016
8. 1. Fortschreibung-Abgrenzung Fördergebiet-Bundesprogramm "Kleinere Städte u. Gemeinden"(KSG)	BV 372/2016
9. Straßenumbenennung LPG-Hof Ottersburg, OT Windberge	BV 359/2016
10. Abberufung des Vertreters der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Verbandversammlung des Zweckverbandes Breitband Altmark	BV 392/2016
11. Wahl eines Vertreters der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Verbandversammlung des Zweckverbandes Breitband Altmark	BV 393/2016
12. Information aus den Verbänden	
13. Information des Bürgermeisters	
14. Anfragen und Anregungen	
<u>Nichtöffentliche Sitzung</u>	
15. Bericht des Geschäftsführers der Städtischen Wohnungsgesellschaft mbH Herr Wetzig zum Stand der Umsetzung der Maßnahme zum Entwicklungskonzept	
16. Feststellung der Niederschrift des nichtöffentlichen Teils vom 13.04.2016	
17. Information des Bürgermeisters	
18. Anfragen und Anregungen	
<u>Öffentliche Sitzung</u>	
19. Wiederherstellung der Öffentlichkeit	
20. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	
21. Schließen der Sitzung	

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Herr Borstell eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2: Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung

Es wird die Tagesordnung und die Ordnungsmäßigkeit der Einladung festgestellt.

TOP 3: Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 13.04.2016

Herr Wegener spricht die Aufgabenliste der SR-Sitzung vom 13.04.2016 an. In der Liste steht hinter seiner Anfrage (Nr. 9) bei Bemerkungen, erledigt, siehe Anlage. Es gibt aber keine Anlage.

Herr Borstell merkt an, die Anlage wird nachgereicht.

Anschließend stellt **Herr Borstell** die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 13.04.2016 fest.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Die anwesenden Einwohner haben keine Fragen.

TOP 5: Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse

Herr Brohm berichtet über die Ausführung der gefassten Beschlüsse der letzten SR-Sitzung.

TOP 6: Antrag CDU und SPD Fraktion - Fortführung der Planung und Sanierung des Kulturhauses und Einführung Online Tickets - BV 398/2016

Herr Lange nimmt 19:08 Uhr an der SR-Sitzung teil.

Herr Nagler, Antragsteller SPD, gibt Auskunft. Nachdem die Studenten der Bauhochschule (BHS) Dessau die Projekte für das Kulturhaus vorgestellt haben, gab es von der BHS Dessau ein konkretes Angebot und zwar, dass diese die nächsten Planungsstufen für die Stadt zum Nulltarif ausführen würden. Man müsse nur wieder für die Fahrtkosten und für die Verköstigung sorgen. Dies wäre günstiger als ein Architekturbüro damit zu beauftragen. Zum Online Ticketing für das Kulturhaus sagt er, die Vermarktung des Kulturhauses zeitgemäßer zu gestalten, sei schon in Schriftform und in der alten Legislaturperiode gefordert worden.

Herr Dr. Dreihaupt hört das erste Mal, dass die BHS Dessau statische Verrechnungen und die komplette Planung machen möchte. Er fragt die Antragsteller, ob bekannt sei, dass es für Architekten Gebührenordnungen gäbe. Als Architekt darf man keine Leistung ohne Gebühr abgeben und die Studenten seien keine Freiberufler, noch nicht einmal Architekten. Er bittet, den Antrag intensiver zu prüfen und besser zu recherchieren.

Herr Kinszorra merkt an, wer bei der Vorstellung der BHS dabei war, konnte sich überzeugen, dass die Leistungsphase 1 und 2 nach der HOAI vom Prinzip her abgearbeitet wurde. Jetzt gehe es um eine Entwurfsplanung. Wenn es im Rahmen einer Ausführung an einer BHS die Möglichkeit der ergebnisoffenen Planung der Leistungsphase 3 gäbe, mache sich keiner strafbar und keiner verzerre den Wettbewerb. Am Tag der Präsentation wurde dies mit dem Professor und mit dem Hochschuldezent der BHS abgestimmt. Wie Herr Dr. Dreihaupt es darstellt, sei nicht richtig. Man könne die Leistungsphase 3, die man tendenziell in den einzelnen Planungsstufen darstellt, mit der BHS machen, weil diese entsprechend ihres Ausbildungsstandes eine Diplom- oder Magisterarbeit machen. Außerdem seien es alle ausgebildete Architekten, Bauingenieure und Städteplaner aus den verschiedensten Ländern der Welt und keine Studenten. Nach der Genehmigungs- und Entwurfsplanung komme man zur Ausführungsplanung Diese könne nur derjenige, der eine Befähigung und das Prüfsiegel dazu habe, weil man dann auch die Statik berechnen müsse.

Herr Dr. Dreihaupt findet, dass Herr Kinszorra den SR falsch informiert habe. Der SR sei bis heute informiert, dass es Studenten seien.

Herr Nagler kann Herrn Dr. Dreihaupt nicht mehr folgen, denn man könne eine abgeschlossenen Berufsausbildung haben und sich trotzdem als Student für alles Mögliche einschreiben.

Herr Borstell merkt an, dass es ihm auch so nicht bekannt sei.

Herr Jacob informiert, dass der Professor vor der Vorstellung alle einzeln vorgestellt habe. Es seien wirklich alle gestandene Architekten und diese belegen speziell für Gebäude, die modernisiert werden müssen, einen Studiengang.

Herr Rudowski nimmt 19:15 Uhr an der SR-Sitzung teil.

Herr Dr. Dreihaupt stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Herr Jacob dürfe nicht zu diesem Thema reden, weil er betroffen sei => Feststellung Mitwirkungsverbot.

Herr Borstell bittet um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmung Antrag: 11 x Ja 10 x Nein 3 x Enthaltung

Herr Wegener bittet um kommunalrechtliche Prüfung bei der KAB, ab wann und bei welchen Belangen für Herrn Jacob das Thema Mitwirkungsverbot bestehe.

Frau Altenberger fand die Abstimmung zum Mitwirkungsverbot nicht konkret genug. Hier wurde um die Qualifikation der Architekten gesprochen, nicht um das Kulturhaus.

Frau Braun gibt an, dass der Betroffene das Mitwirkungsverbot selbst anzeigen muss, nicht die Verwaltung. Außerdem bemängelt sie die BV. Auf dieser stehen 2 verschiedene Sachen und es fehlt die Stellungnahme der Verwaltung. Zu Punkt 1 der BV wurde im Arbeitskreis des Kulturhauses gesagt, dass die Problematik des Kulturhauses unter der Maßgabe einer Betreiberausschreibung weiter verfolgt werden solle. In dieser BV steht es ganz anders als im Arbeitskreis besprochen und damit habe sie ein Problem.

Herr Borstell erklärt den SR'en, wie man mit einem Antrag umgeht und den Werdegang eines Antrages. Ein Antrag kommt so wie gestellt als Vorlage in den SR und dieser muss darüber befinden. Erst danach kommt dieser auf der nächsten oder übernächsten Sitzung als BV mit Stellungnahme der Verwaltung auf die TO.

Herr Rudowski weist zum Mitwirkungsverbot auf den § 33 des KVG hin. Außerdem müsse der Betroffene sein Mitwirkungsverbot von sich aus allein anzeigen.

Frau Platte merkt an, dass sich der Arbeitskreis Kulturhaus zu einer Empfehlung für die weitere Herangehensweise Kulturhaus durchgerungen habe. Diese Empfehlung stand nie auf der TO des HA'es und des SR'es. Wäre dies geschehen, würde es jetzt vielleicht nicht so eskalieren. Aus ihrer Sicht sei dies ein Versäumnis der Verwaltung.

Herr Nagler bedankt sich bei der Erklärung zum Werdegang eines Antrages. Er stellt den Antrag, Ende der Rednerliste und der Diskussion. Mit diesem Antrag möchte die CDU und SPD Fraktion kostengünstig und rechtlich loyal in der Entwurfsplanung die Planungsphase 3 beginnen und gleichzeitig ein zeitgeistmäßiges Vermarktungsinstrument für das Kulturhaus installieren.

Herr Brohm erklärt, dass die Verwaltung auf Grundlage des Antrages eine BV erarbeiten würde. Aktuelle Beschlusslage sei, dass die Verwaltung eigentlich eine Planung, aufgrund des gefassten Beschlusses im Dezember 2015, ausschreiben könnte aber man wollte die Planung der Architekten (Studenten) mit einpflegen lassen. Es stand auch die Frage im Raum, wer bringt es ein, die Verwaltung als Vorschlag oder die Vertretung? Falls dieser Antrag eine Mehrheit erhält, würde die Verwaltung in der Augustfolge eine BV vorlegen. Es müssten sich alle noch einmal ins Gedächtnis rufen, dass wir zwischenzeitlich schriftlich Bescheid bekommen haben, dass aus dem entsprechenden Förderprogrammen kein Geld zu erwarten sei.

Herr Graubner nimmt 19:42 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Borstell bittet um Abstimmung der BV 398/2016.

Die CDU und die SPD Fraktion stellen den gemeinsamen Antrag:

1. Fortführung der Planung der Sanierung des Kulturhauses

Der Stadtrat möge beschließen, dass auf der Grundlage der beiden Siegerprojekte bei der Präsentation durch die Studenten der Bauhochschule Dessau, die nächsten Planungsphasen durch die BHS Dessau eingeleitet werden sollen. Dies hat unabhängig vom Stand einer Betreiberausschreibung zu erfolgen.

2. Online Ticketing für das Kulturhaus

Zudem möge der Stadtrat beschließen für das Kulturhaus schnellstmöglich ein Internetauftritt mit der Möglichkeit einer Online-Bestellung von Eintrittskarten eingerichtet werden soll.

Abstimmungsergebnis: 13 x Ja 9 x Nein 2 x Enthaltung

An dieser Abstimmung nahm Herr Jacob wegen Mitwirkungsverbot nicht teil aber Herr Graubner stimmte mit ab.

TOP 7: Antrag - Fraktion "Die Linke" - Änderung Fördergebietsausweisung des Förderprogrammes "Kleine Städte und Gemeinden" - BV 360/2016

Herr Strube (Antragsteller) gibt seinem Ärger zum Ausdruck, denn dieser Antrag hätte schon auf

Protokoll der Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

der letzten SR-Sitzung beschlossen werden können. Anschließend erklärt er diesen Antrag.

Herr Graubner beschwert sich, dass Herr Gnauert nicht anwesend ist. Er beantragt im Namen der CDU-Fraktion, dass dieser Antrag erst beschlossen werde, wenn Herr Gnauert dazu Stellung genommen habe.

Herr März findet, dass das Parkgelände eine wunderbare Kulisse sei, die für die EG einen historischen und touristischen Wert habe. Dies könne man Schritt für Schritt, mit Hilfe der Bürger und Bürgerinitiativen, instand setzen.

Herr Rudowski habe ein Verständnisproblem. Eben gerade wurde über einen Antrag der SPD und CDU abgestimmt, die damit die Verwaltung beauftragt, diesen Antrag in BV durch die Gremien abstimmen zu lassen. Die Fraktion Die Linke habe nichts anderes gemacht. Darum verstehe er nicht, warum Herr Graubner den Antrag stellt, diesen Antrag zurückzustellen. Herr Gnauert könne erst dazu Stellung nehmen, wenn die Verwaltung beauftragt werde, diesen Antrag in BV durch die Gremien abstimmen zu lassen.

Herr Borstell antwortet, dass es hier keinen Unterschied gebe. Es wird über diesen Antrag abgestimmt.

Zu diesem Antrag äußern sich noch **Herr Liebisch, Herr Rudowski, Frau Braun** und **Herr Borstell**.

Frau Altenberger stellt einen **Geschäftsordnungsantrag**. Wegen der intensiven Diskussion von Herrn Rudowski soll die Verwaltung prüfen, inwieweit Mitwirkungsverbote, bzgl. dieser BV, bestehen. Der Verein „Aus einem Guss“ sei hier auch betroffen.

Herr Rudowski weist auf den § 33 Abs. 2 Pkt. 2 des KVG hin und liest diesen vor.

Frau Altenberger liest auch den § 33 Abs. 2 Pkt. 2 vor.

Abstimmung Geschäftsordnungsantrag: 10 x Ja 13 x Nein 2 x Enthaltung

Herr Brohm erklärt noch einmal den Werdegang eines Antrages und warum Herr Gnauert heute nicht dazu Stellung nehme.

Herr Borstell bittet um Abstimmung der BV 360/2016.

Die Fraktion „Die Linke“ beantragt der Stadtrat möge die Änderung der Fördergebietsausweisung für das Förderprogramm „Kleine Städte und Gemeinden“ beschließen.

Die Fraktion „Die Linke“ schlägt vor, die bestehende Beschlusslage zum Fördergebiet des Kulturhauses in das Fördergebiet Industriestraße, alte Werkhallen einschließlich Parkgelände zu ändern.

Abstimmungsergebnis: 14 x Ja 11 x Nein 0 x Enthaltung

TOP 8: 1. Fortschreibung-Abgrenzung Fördergebiet-Bundesprogramm "Kleinere Städte u. Gemeinden"(KSG) - BV 372/2016

Herr Brohm bittet um Vertagung der BV 372/2016, auf den nächsten SR.

Herr Radke verlässt die Sitzung.

TOP 9: Straßenumbenennung LPG-Hof Ottersburg, OT Windberge - BV 359/2016

Frau Platte verlässt den Sitzungssaal.

Herr Borstell bittet um Abstimmung der BV 359/2016.

Der Stadtrat beschließt die Umbenennung der Straßenbezeichnung in Windberge – Ottersburg von LPG-Hof in Ottersburger Gutshof. Etwaige Kosten der Anwohner in Zusammenhang mit der Umschreibung offizieller Dokumente trägt der Antragsteller, Herr Eberhard Kobe.

Abstimmungsergebnis: 21 x Ja 0 x Nein 2 x Enthaltung

Frau Platte nimmt wieder an der Sitzung teil.

TOP 10: Abberufung des Vertreters der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Verbandversammlung des Zweckverbandes Breitband Altmark - BV 392/2016

Herr Rudowski berichtet über seine Arbeit als Vertreter für die Verbandversammlung des Zweckverbandes. Er bedankt sich bei den SR'en, dass dieser ihn damals einstimmig in diese Funktion berufen habe und wünscht seinem Nachfolger ein erfolgreiches und glückliches Händchen.

Herr Borstell bittet um Abstimmung der BV 392/2016.

Der Stadtrat beschließt die Abberufung des Vertreters der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte Herrn Jörg Rudowski für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Breitband Altmark.

Abstimmungsergebnis: 16 x Ja 5 x Nein 2 x Enthaltung

TOP 11: Wahl eines Vertreters der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Breitband Altmark - BV 393/2016

Herr Borstell fragt die SR'e, ob sie für eine offene Abstimmung seien.

Abstimmung: einstimmig Ja

Herr Borstell bittet um Abstimmung des neuen Vertreters, Herr Andreas Brohm.

Der Stadtrat beschließt, dass der Bürgermeister Herrn Andreas Brohm, als gewählter Stellvertreter, nachrückt zum Vertreter der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Verbandsversammlung im Zweckverband Breitband Altmark.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Zweckverband Breitband Altmark den Namen des Vertreters (inkl. Vollständiger Postanschrift) mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis: 14 x Ja 5 x Nein 4 x Enthaltung

Herr Borstell bittet jetzt um Abstimmung des Stellvertreters.

Herr Nagler ist nicht dafür, dass man auf einer BV den Vertreter und Stellvertreter wählt, denn wenn Herr Brohm nicht als Vertreter gewählt worden wäre, hätte heute kein Stellvertreter gewählt werden können. Auf der nächsten Sitzung könne der Stellvertreter gewählt werden.

Herr Henschel greift Herrn Naglers Vorschlag im Rahmen eines Änderungsbeschlusses auf.

Es gibt über diese BV eine rege Diskussion.

Herr Rudowski stellt einen **Änderungsantrag** und zwar den Absatz 2 und 3 zu streichen und im 4. Absatz die Worte „und Stellvertreter“.

Herr Nagler verlässt die Sitzung.

Abstimmung des Änderungsantrages: 12 x Ja 5 x Nein 5 x Enthaltung

Abstimmung geänderte (abw.) BV: 14 x Ja 5 x Nein 3 x Enthaltung

TOP 12: Information aus den Verbänden

Herr Brohm gibt Informationen.

TOP 13: Information des Bürgermeisters

Herr Lange verlässt die Sitzung.

Herr Brohm informiert über

- die Information der ALS zum Thema, warum in bestimmten Regionen in der EG der Müll nicht mehr abgeholt werden kann
- die neue Internetpräsenz, die online ist => „Sag's uns einfach“
- die heutige Tagung des Städtenetzes Altmark, mit verschiedenen Themen wie AltmarkMacher-Festival und ein Knotenpunktsystem für Fahrradwege
- das Dialogwochenende am ersten Juniwochenende und den Verein Kinderstärken
- die Öffnung des Bürgerkaffee am 05.06.2016
- den Stand Flüchtlinge => 15 neue Flüchtlinge in der EG, Schließung der Einrichtung für Flüchtlinge in Tangerhütte
- die Weiterführung des Netzwerkes „Neue Nachbarn“
- die Klausurtagung HH und dass am 15.06.2016 der HH beschlossen werden solle
- die Vorstellung des HH 2017 am 19.10.2016

TOP 14: Anfragen und Anregungen

Frau Platte spricht die Müllproblematik an. Sie habe hinten herum erfahren, dass die Verwaltung der EG zu einer Zusammenkunft in Stendal (ALS) gebeten wurde und dort Auskünfte über Straßen gegeben habe, die aus der Sicht der Entsorger bzw. der Berufsgenossenschaft nicht in Ordnung seien. In Grieben gibt es einen problematischen Fall aber sie wurde nicht gefragt, ob es in Grieben auch Probleme gäbe. Sie habe schon selbst mit Contrans gesprochen. Obwohl Contrans dort wenden könne, fahren sie dort nicht hin, weil es ein unbefestigter Bereich sei. Laut Berufsgenossenschaft sind befestigte Wendepunkte vorgeschrieben. Wenn Grieben einen befestigten Wendepunkt

mer bauen würde, müssten die Bürger 90% der Kosten tragen. Sie bittet nachdrücklich darum, dass man mit den OBM redet.

Herr Brohm sagt, dass man sich zusammen mit den OBM die kritischen Sachverhalte angesehen habe. Es gebe eine lange Liste und diese sei man abgegangen, mit dem Versuch Lösungen zu finden.

Herr Henschel geht auf den Einwand von Frau Platte ein. Es gab in Stendal keinen Termin. Die Verwaltung habe die ALS aufgefordert, eine Liste zu erstellen, wo es Probleme gebe. Derzeit konzentrieren sich die Bemühungen auf Lüderitz und Tangerhütte. Von Grieben sei ihm kein problematischer Sachverhalt bekannt.

Herr März merkt an, dass heute die Sitzung des Ortschaftsrates Uchtdorf ausgefallen sei. Dieser werde in 14 Tage tagen. In dieser Sitzung soll die neue Friedhofsgebührensatzung beschlossen werden. Dazu gäbe es noch Informationsbedarf. Er bittet darum, dass ein Vertreter der Verwaltung zu diesem TOP an der Sitzung Uchtdorf teilnimmt. Es wäre schön, wenn man für den Friedhof Uchtdorf von den letzten 3 bis 4 Jahren eine Kosten- und Erlösanalyse erstelle.

Herr Wegener fragt, worum gehe es bei dem Förderprojekt Landaufschwung?

Herr Brohm gibt an, dass die EG sich darum beworben habe, um in das Neue Schloß Tangerhütte zu investieren.

Herr Wegener wurde von Bürgern angesprochen, dass das Freibad Lüderitz im letzten Jahr öfter nicht geöffnet war und sie umsonst hingefahren seien. Gebe es eine Möglichkeit einen Anrufbeantworter anzuschließen, der informiert, ob das Freibad geöffnet habe? Könne man dies auch täglich auf der Internetseite der EG veröffentlichen?

Frau Schubert fragt zum Zweckverband, sei es nur eine Überlegung vom Zweckverband, dass, wenn einzelne Ortschaften die zu erreichenden 60% nicht schaffen, rausgeschmissen werden und wie verbindlich sind die Vorverträge?

Herr Brohm antwortet Frau Schubert.

Herr Graubner erinnert an das Protokoll vom 20.01.2016 vom Landesverwaltungsamt, Förderprogramm Kulturhaus. In diesem Protokoll stehe, was die Stadt alles einzureichen habe und zwar ein Nutzungs-, ein Finanzierungs- und ein Betreiberkonzept. In welchem Zeitraum wird es erledigt?

Herr Brohm informiert, in der Aufgabenliste vom Landesverwaltungsamt stehe, Nutzungskonzept und kommunalrechtliche Stellungnahme. Das Nutzungskonzept habe er dem SR vorgestellt und dieses sehe eine Vermietung vor. Die Verwaltung habe um eine Fristverlängerung bis zum 30.06.2016 gebeten. Bis dahin habe die EG evtl. einen beschlossenen aber noch nicht genehmigten HH. Darum müsse man sich damit noch einmal intensiv beschäftigen und überlegen, ob man es noch einmal schieben müsse. Das Landesverwaltungsamt möchte auch ein ISEK haben, wo man ein Fördergebiet per Beschluss festlege und dies könne der SR erst im August beschließen. Das Problem sei, dass Herr Brohm keine Beschlusslage habe, auf deren Grundlage er etwas abgeben könne.

Frau Braun spricht noch einmal zum Thema Müll. Grundsätzlich sei die EG dafür nicht zuständig sondern der LK Stendal und vertretend davon, im Auftrag die Geschäftsleitung der ALS (der Gesellschaft des LK'es). Nachdem sich die Bürger bei ihr beschwert haben, habe sie recherchiert und festgestellt, dass seit Monaten bei der ALS angekommen sei, das Contrans Bedenken zur Befahrbarkeit angemeldet habe. Leider wurde nicht zeitnah reagiert, um schnellstmöglich Lösungsansätze zu finden. Die Dörfer wurden auch nicht informiert. Sie fordert Herr Brohm auf, beim Landrat durchzustellen, dass hier eine andere Zusammenarbeit und Kommunikation von Nöten sei. Die Bürger sind die Gebührenzahler und bezahlen somit die Arbeitsplätze.

Herr Brohm weist darauf hin, dass die Verwaltung dabei sei, eine Lösung zu finden.

Herr Rudowski hat eine Anfrage zur Abwasserentsorgung. Die Ortschaften haben vor ca. 3 Jahren gemeinsam mit der Verwaltung Planungen gemacht, dass die Abwasserentsorgung ab 2017 stattfinden solle, weil bei vielen Ortschaften noch die 3-Kammer-Klärgruben mit Überläufe existieren. Deren Übergangsfrist läuft am 31.12.2016 ab. Er bittet um Auskunft für die Ortschaft Uetz, weil hier große Teile des Ortes für die Erschließung vorgesehen waren. Der Abwasser- und Wasserzweckverband habe 4 Grundstücke vom Anschlusszwang ausgeschlossen und diese haben Geld investiert, um sich eine Bio-Kläranlage zu bauen.

Jetzt informiert er über die Entkommunalisierung Breitband.

Herr Jagolski habe mit Herrn Heise telefoniert, vom dualen System Deutschland, mit Sitz in Berlin. Dieser sei mit für die Auftragsvergabe für die gelbe Tonne verantwortlich. Sie wollen sich dem-

nächst mit Contrans, dem Landrat und mit Vertreter vom LK in Tangerhütte treffen. Er findet, dass hier jemand aus der Verwaltung teilnehmen solle.

Herr Wegener sagt zum Breitband, dass vor kurzem bei ihm in Mahlpfuhl jemand vom Breitband war. Dieser habe gesagt, dass es in Tangerhütte nicht so gut mit den Prozenten aussehe und Tangerhütte sei schon raus. Mahlpfuhl sei noch drin aber Mahlpfuhl sei doch ein Ortsteil von Tangerhütte.

Herr Brohm informiert, dass man bei Breitband immer von Ortschaften und Tangerhütte City spricht. Mahlpfuhl und Briest gehören nicht zu Tangerhütte City.

Herr Kinszorra habe die Anlagen (Antworten) zur Aufgabenliste zur Kenntnis genommen. Zur Problematik Drehleiter FFW hätte er sich gewünscht, dass man im HA im nichtöffentlichen Teil dazu kurzen Prozess gemacht hätte, denn wenn es so gewesen wäre, dass durch fahrlässigen Umgang hier ein Schaden entstanden ist, wäre es schön gewesen, dass Herr Brohm gesagt hätte, er habe es aufgeklärt und die Konsequenzen dazu sind gezogen worden. Stattdessen werden hier Dokumente vorgelegt, Erklärungen mit Unterschriften abgegeben und wenn man sich in die Dokumente einliest, die die Verwaltung und FFW-Kameraden vorgelegt haben, ergeben sich viel mehr Widersprüche. Obwohl er ein Förderer der FFW sei, sei es sehr traurig, dass der FFW-Leiter im letzten Satz der Stellungnahme schreibt, „Sollte das rufschädigende Verbreiten von Gerüchten durch einige SR'e nicht unterbunden werden, leite ich stellvertretend für meine Kameraden gegen diese mir bekannten SR'e rechtliche Schritte ein“. Konkret müsse man sagen, wer mache Rufschädigung, wann sei es passiert, wo und was. Er bittet zu überlegen, ob man diese Härte, die hier Herr Steinig-Pinnecke reingebracht habe und Dokumente der Widersprüchlichkeiten beende. Im letzten HA wurde Herr Kinszorra belächelt, dass ihm Herr Schulze aus Jerchel per Mail den Hinweis gegeben habe, das es in Magdeburg eine Spezialwerkstatt für FFW und weitere spezielle Fahrzeuge gäbe. Was hier abgelaufen ist, geht gar nicht.

Zu den Fördermitteln Kulturhaus und Fördermittelgeber sagt er, dass Herr Brohm eben erklärt habe, dass er ein Nutzungskonzept habe, dass das gesamte Kulturhaus durch einem Pächter genutzt werde und dieser soll es dann machen. Er fragt Herrn Brohm, ob er glaube, dass er einen Pächter für dieses sanierte Kulturhaus bekomme oder habe er schon jemanden, der nur darauf wartet. Der BM kommt doch aus der Musicalbranche und müsse wissen wie schwer es ist, ein kulturelles Programm wirtschaftlich und effektiv zu gestalten. So könne man das Kulturhaus beenden und der SR könne sich wieder zusammen raufen und sagen, man werde das Neue Schloß sowie die Gießereihallen sanieren und das Kulturhaus abreißen.

Auch bei der nächsten Anfrage, wo der BM zur Rolle beim Projekt der Industriehalle Stellung nehmen solle, gab es keine präzise Antwort.

In der letzten Sitzung des zeitweiligen Ausschusses für DIN-gerechte Sanierung habe dieser dem BM im Protokoll eine Empfehlung gegeben, wo es verschiedenste Schwerpunkte gibt. Dazu haben alle SR'e eine Erklärung in bunten Bildern bekommen. Tatsächlich müsse aber der BM beim neugewählten „alten“ Ministerpräsidenten nachfassen, denn die Planung müsse korrigiert werden. Er verlangt eine schriftliche Antwort.

Herr Brohm gibt an, dass man die Anfrage bzgl. des Deiches an das LHW Stellen werde. Er habe Herrn Kinszorra schon einmal erklärt, dass der zeitweilige Ausschuss keine Briefe nach außen schicken kann. Insofern benötige man dafür einen SR-Beschluss.

Er werde seine Antworten zu den Anfragen noch einmal nacharbeiten und er nehme die Anregung zur Drehleiter auf.

Herr Kinszorra erinnert Herrn Brohm, dass es noch weitere Nacharbeiten zu den Anfragen gebe und zwar die Finanzierung des Kulturhauses, zum Nutzungskonzept und wann er die Unterschrift für die Fördermittel Gießerei geleistet habe.

Herr Brohm habe eine Nachfrage aber Herr Kinszorra entgegnet, dass der BM beim SR keine Nachfragen zu stellen habe sondern zu antworten. Wir sind der SR, nicht umgekehrt.

Herr Brohm macht eine Feststellung, weil es für Herrn Kinszorra als Unternehmer nicht rechenbar ist, das Kulturhaus zu führen, ist Herr Kinszorra der Meinung, dass die Kommune ein Kulturhaus führen muss und leisten kann.

Herr Borstell beendet 21:10 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Frau Fischer und **Herr Rudowski** verlassen die Sitzung.

Öffentlicher Teil

TOP 19: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Borstell stellt die Öffentlichkeit wieder her.

TOP 20: Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Im öffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

TOP 21: Schließen der Sitzung

Herr Borstell schließt 22:05 Uhr die SR-Sitzung.

Fertiggestellt am: 24.06.2016